

**Erklärung des Initiativeausschusses für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz  
zu den Sondierungsergebnissen von Union und SPD**

Die Ergebnisse der Sondierungsverhandlungen von Union und SPD im Bereich „Integration, Asyl und Migration“ lehnen wir ab. Sie sind keine geeignete Grundlage, um den Herausforderungen zu begegnen, denen sich das Einwanderungsland Deutschland gegenübersteht. Sie stellen die Abwehr und gesellschaftliche Ausgrenzung von Flüchtlingen in den Mittelpunkt und lassen sich nicht mit einer an humanitären Grundsätzen orientierten Migrations-, Integrations- und Asylpolitik vereinbaren. Unsere Kritik richtet sich vor allem gegen die geplanten tiefen Einschnitte in das Flüchtlingsrecht und insbesondere das Recht auf Familiennachzug zu subsidiär geschützten Personen.

Im Zentrum der Beratungen stand das Ziel, *„die Migrationsbewegungen nach Deutschland und Europa (...) zu steuern und zu begrenzen, damit sich eine Situation wie 2015 nicht wiederholt“*. Sämtliche vereinbarten Maßnahmen - dauerhafter Verbleib von Asylsuchenden in zentralen Einrichtungen, Einführung einer „Zuwanderungsobergrenze“, Ausweitung angeblich „sicherer Herkunftsländer“ - ordnen sich diesem Ziel unter.

Besonders schäbig ist der Plan, das Gesetz zur Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte über März 2018 hinaus zu verlängern und spätestens zum 31. Juli 2018 durch eine Neuregelung zu ersetzen, die den Anspruch auf Familiennachzug weitgehend ins Leere laufen lassen würde. Das wäre

- (a) ein eklatanter Vertrauensbruch gegenüber den betroffenen Flüchtlingen. Sie haben sich darauf verlassen, dass das Gesetz zum 16. März 2018 auslaufen wird und deshalb vielfach darauf verzichtet, gegen die Nichtanerkennung ihrer Flüchtlingseigenschaft Rechtsmittel einzulegen.
- (b) eine enorme Bürde für die individuellen Integrationsprozesse von Menschen, die wegen der Situation in ihrem Herkunftsland dauerhaft in Deutschland leben werden: wer alleine und in ständiger Angst um die Familie in Syrien, dem Irak oder Afghanistan leben muss, findet oft nicht die Kraft und nicht den Mut, nach vorne zu schauen und die großen Herausforderungen anzugehen, die mit dem Leben in der neuen Heimat verbunden sind.
- (c) ein entmutigender Schlag ins Gesicht der vielen hunderttausend Menschen, die haupt- und ehrenamtlich in der Flüchtlingsarbeit engagiert sind. Ohne ihr dauerhaftes Engagement wird die gesellschaftliche Integration der Flüchtlinge kaum zu schaffen sein.
- (d) angesichts der geringen zu erwartenden Zahl von Nachzügen unverhältnismäßig. Die Erfahrung mit dem Familiennachzug zu anerkannten Flüchtlingen zeigt, dass über den Familiennachzug pro Anspruchsberechtigtem nur ca. 0,3 Personen nachziehen. Bei bundesweit ca. 175.000 subsidiär geschützten Personen geht es also insgesamt um etwa 50.000 bis 70.000 Nachzügler/innen.

---

**Kontakt:**

Als Begründung für die geplanten Abwehr- und Ausgrenzungsmaßnahmen wird im Sondierungspapier die Gefahr einer Überforderung der „*Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft*“ angeführt, die - nur so lassen sich die geplanten Restriktionen deuten - angeblich von den Flüchtlingen ausgeht und als Begründung für den „*abnehmenden gesellschaftlichen Zusammenhalt*“ herhalten muss. Gegen diese ebenso falsche wie weit verbreitete Logik wenden wir uns ausdrücklich!

In einem der reichsten Länder der Welt sind es weder fehlende Ressourcen noch die Zahl der Schutzsuchenden, die die gesellschaftliche Integrationsfähigkeit überfordern oder den gesellschaftlichen Zusammenhalt bedrohen. Die Gefahr geht vielmehr von der immensen sozialen Ungleichheit in unserer Gesellschaft und von Rechtspopulisten und Rassisten aus, die Flüchtlingen hierfür zu Unrecht die Verantwortung zuschieben.

Wer gesellschaftlichen Zusammenhalt organisieren will, darf kein Wasser auf die Mühlen von Feinden der Demokratie schütten. Vielmehr muss er den verbreiteten Zukunftsängsten und -sorgen in der Bevölkerung mit einem Konzept entgegentreten, in dem die Migrations-, Integrations- und Flüchtlingspolitik Teil eines umfassenden Politikansatzes ist, der das Ziel der sozialen Gerechtigkeit für alle in den Mittelpunkt stellt.

*Stattdessen mit der Abwehr und Ausgrenzung von Flüchtlingen zu reagieren, bedroht eben jenen gesellschaftlichen Zusammenhalt, der angeblich bewahrt werden soll. Eine solche Politik löst kein einziges der sozialen Probleme in unserer Gesellschaft, leistet rassistischen Ressentiments gegen Flüchtlinge Vorschub und schlägt all jenen ehrenamtlich engagierten Menschen ins Gesicht, die sich für Flüchtlinge und andere sozial benachteiligte Gruppen einsetzen. Sie und nicht Rassisten aber sind der Kitt in unserer Gesellschaft.*

**Die SPD bekennt sich in ihrem Regierungsprogramm 2017 bis 2021 zu einer „humanitären Flüchtlingspolitik“. Wir appellieren deshalb an die Delegierten des SPD-Parteitags am kommenden Wochenende, die Sondierungsergebnisse im Bereich „Integration, Asyl und Migration“ abzulehnen. Wir fordern sie dazu auf, einen Beschluss zu fassen, wonach der Eintritt in eine unionsgeführte Bundesregierung für die SPD nur in Betracht kommt, wenn das Kapitel „Asyl, Migration und Integration“ im Rahmen der Koalitionsverhandlungen komplett neu verhandelt und sich mindestens darauf verständigt wird, die Aussetzung des Familiennachzugs zu subsidiär geschützten Personen zum 16. März 2018 zu beenden.**

Mainz, am 18. Januar 2018

---

**Kontakt:**

Initiativeausschuss für Migrationspolitik in RLP | Albert-Schweitzer Straße 113-115 | 55128 Mainz  
Tel.: 06131/287 44 20 | [migration@zgv.info](mailto:migration@zgv.info) | [www.ini-migration.de](http://www.ini-migration.de)